

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Werkerschaften

Anzeigenpreise: Die Tagesblätter 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif die Tagesblätter 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Ausnahme bis früh 9 Uhr. — Postkontos Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8900.

Nr. 65

Freitag, den 18. März 1921

12. Jahrgang

## Polens wirtschaftlicher Zusammenbruch.

### Schließung der Warschauer Börse infolge des Valutasturzes.

Berlin, 18. März. Nach einer Meldung der Breslauer „Schlesischen Zeitung“ hat die polnische Regierung in Warschau infolge des Sinkens der polnischen Valuta die Warschauer Börse geschlossen. Die größeren Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen. Infolgedessen steigt die deutsche Mark in Warschau. Die in Kattowiß erscheinende „Gazeta Ludowa“ („Volkszeitung“) veröffentlicht eine Bekanntmachung der polnischen Bank Ludowa, daß die Bank die Entgegennahme von Depositionen in polnischer Valuta einstellt. Die polnische Volkbank in Gleiwitz hat schon vor vielen Wochen kein polnisches Geld mehr entgegengenommen und sich gezwungen, dafür deutsches Geld einzuzuwechseln. Laut „Tägl. Rundschau“ hat der polnische Minister für die Lebensmittelversorgung in Warschau die Schließung aller Privatbäckereien angeordnet und den freien Handel mit Brot verboten. Alle diese Meldungen beweisen, wie die „Tägl. Rundschau“ bemerkt, daß sich die Verhältnisse in Polen mit Riesenschritten dem Zusammenbruch nähern.

### Deutschland soll innerhalb fünf Tagen eine Milliarde Goldmark bezahlen.

Berlin, 16. März. Die Note der Reparationskommission vom 15. März über Artikel 235 des Friedensvertrages zitiert zunächst den Wortlaut des Artikels 235 des Vertrages von Versailles. Der Artikel 235 erinnert an die von der Kommission bereits bei der deutschen Regierung zur Erfüllung des Artikels unternommenen Schritte, nimmt dann Bezug auf die deutsche Denkschrift vom 20. Januar 21 mit einer Zusammenfassung der von Deutschland bisher aus dem Friedensvertrage und seinen Vorverträgen gelieferten Lieferungen und Leistungen, die Deutschland auf seine Wiederherstellungspflichtung anzurechnen sind und fährt fort, daß in einem der Schreiben der Kommission vom 25. Februar betont wurde, daß diejenigen Beträge, die die Kommission im Augenblick auf Grund des Artikels 235 gutbringen könne, nur mit knapper Not acht Milliarden Goldmark erreichen würden, woraus sich ein Saldo von mindestens 12 Milliarden ergeben würde, das Ende April zu zahlen wäre. In demselben Schreiben sei gesagt worden, daß die Kommission die Bemerkungen der deutschen Regierung, wie diese ihre Verpflichtungen abdecken werde, gern entgegennehmen würde. Erst gestern am 14. März sei die Antwort der deutschen Regierung auf das Schreiben vom 26. Februar eingegangen. In dieser Antwort, welche im übrigen dem Artikel 235 und dem § 12 der Anlage 2 des Teiles 8 des Vertrages von Versailles eine Auslegung gibt, hinsichtlich welcher die Reparationskommission alle Vorbehalte macht, erkläre die deutsche Regierung, daß sie ihre Verpflichtungen aus dem Artikel 235 erfüllt habe. Die Kommission bezeichnet das als rein formellen Einwand und fährt fort, vor dem 1. Mai 1921 sind für den ungedeckten Teil der 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235, d. h. mindestens 12 Milliarden, sei es in Gold, sei es in fremden Devisen, zu zahlen. Vor dem 28. März 1921, ein Termin, welcher strikte innezuhalten ist, muß die deutsche Regierung eine erste Zahlung von einer Milliarde Goldmark in Anrechnung auf die geschuldeten 12 restlichen Milliarden machen. Die Zahlung muß entweder in französischen Franken oder in Pfund Sterling oder in Dollar erfolgen. Die Umrechnung wird am Tage der Zahlung nach dem Dollarkurs in New York stattfinden. Bevor die Kommission festsetze, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise die weiteren Zahlungen zu entrichten sind, wird die Kommission damit einverstanden sein, alle Vorschläge zu erwägen, welche ihr spätestens vor dem 1. April 1921 durch die deutsche Regierung unterbreitet werden, um ein Teil des Goldes und der fremden Devisen durch Lieferung von Waren oder Uebertragung fremder oder deutscher Wertpapiere zu ersetzen. In derselben Frist könnte die deutsche Regierung, um die Erledigung des Restes ihrer Schuld auf Grund des Artikels 235 zu ermöglichen, der Reparationskommission Vorschläge zur Uebernahme einer äußeren Anleihe, deren Ertrag der Kommission zuzuführen würde, unterbreiten.

Notiz des W. T. S. zur Note der Reparationskommission: Bekanntlich steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß die 20 Milliarden bereits bezahlt sind. Sollte noch ein Fehlbetrag vorliegen, so würde das lediglich die Zahlungsverpflichtung Deutschlands nach dem 1. Mai 1921 erhöhen. Diese nicht eingelösten unverzinslichen

Schuldenweisungen wären in verzinsliche umzutauschen. (§ 12 Zusatz 1 der Anlage 2 im Artikel 244 des Vertrages.) Der demgegenüber in der Note der Reparationskommission vom 15. März eingenommene Standpunkt ist auch wirtschaftlich unverständlich. Die plötzliche Entziehung eines so erheblichen Teiles der Deutschland noch zur Verfügung stehenden internationalen Zahlungsmittel würde die von den Alliierten noch in London angehtlich angestrebte endgültige Regelung einer geordneten Abtragung der deutschen Reparationspflichten völlig unmöglich machen. Anscheinend bezweckt man, eine nachträgliche Begründung der Londoner Zwangsmassnahmen zu schaffen. Fast wie eine Ironie mutet es an, daß zum Schluß der eben in London von der Hand gewiesene Gedanke von der Reparationskommission aufgenommen ist. Als ob die Anleihe nach Verhängung der Zwangsmassnahmen größere Aussichten hätte. Wie wir erfahren, wird die Beantwortung der Note alsbald erfolgen.

### Arbeiterchaft und Wiederaufbau.

Nach dem Pariser Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ hat der Internationale Gewerkschaftsbund am 14. März in Amsterdam eine Tagung abgehalten, und eine Entschlieung gefaßt, in der er sich von der Berechtigung der Reparation und der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete absezt. Erklärt, aber auch anerkennt, daß diese Erfolge nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller beteiligten Länder erlangen werden können. Die Entschlieung wird durch eine Erklärung der deutschen Arbeiterverbände, unterzeichnet von Wagmann und Gué, vervollständigt, die in allererster Linie den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs fordert. Die Erklärung schließt: „Es besteht kein Zweifel, daß unsere deutschen Gewerkschaften zwecks raschster Ausführung der Wiederaufbauarbeiten allen ihren Einfluß auf die wichtigen beteiligten Arbeiterkreise ausüben werden.“

Inzwischen hat übrigens Irland als Sprachrohr des französischen Großkapitals in seiner vorgelegten Kammerrede die eigenartige Behauptung aufgestellt, der Gedanke einer Zusammenarbeit mit Deutschland werde von den in Frage kommenden Gebieten zurückgewiesen.

London, 17. März. „Daily Herald“ meldet, daß ein Ausschuss der englischen Arbeiterpartei unregelmäßig Untersuchungen in Deutschland über die Lage des deutschen Proletariats als Folge der letzten Entschlieung des Verbandes anstellen wird.

### Eine neue kommunistische Verrücktheit.

Berlin, 18. März. Die „Rote Fahne“ fordert in einem Aufruf unter Bezugnahme auf den Widerstand des bayerischen Ministerpräsidenten Kahr gegen den Gelehtwurf betreffend die Auflösung der Selbstschutzhorganisations der Arbeiter auf, auf das Geleht zu pfeifen und sich Waffen zu verschaffen, wo sie sie finden.

### Kronstadt von den Bolschewisten genommen.

Stockholm, 17. März. Aus Riga wird telegraphiert: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielt ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von Sowjettruppen eingenommen worden ist.

London, 17. März. Reuter meldet den Abschluß eines 24 stündigen Waffenstillstandes zwischen Georgien und den Bolschewisten. Batum sei in Gefahr, in die Hände der Bolschewisten zu fallen, sofern kein Frieden zustande kommt.

### Marokkaner für das neubefetzte Rheinland.

Casablanca, 17. März. Das 66. marokkanische Schützenregiment, das im Rheinland Garnison beziehen soll, wurde heute nach Marokko eingeschifft.

### Telephonsperrre in Oberschlesien am Abstimmungstage.

Oppeln, 17. März. Die interalliierte Regierungs- und Plebiszitatskommission in Oppeln hat einen Aufruf erlassen, worin sie mitteilt, daß der Telephon- und Telegraphenverkehr von Sonnabend mittag bis Montag mittag für das Publikum gesperrt ist. Protesteogramme können nur durch Zeitungsberichterfasser, die ihre Identität nachweisen können, abgesandt werden. Alle Telegramme müssen Sichtvermerkte der Kreiskontrollure tragen. Die Telephonsperrre am nächsten Sonntag ist allgemein, auch für die Presse. Protesteogramme bedürfen eines Jenseitvermerks.

## Kommunistischer Schergendienst für Polen.

Von Gerhard Spell (Kattowiß).

Der Kampf um Oberschlesien tritt in das Stadium des Endspurts. Am Sonntag fällt die Entscheidung und brennt hoffentlich auch den Bruderkampf zwischen den ober-schlesischen Arbeitern, die — Deutsche und „Polen“ — doch vorher so friedlich zusammenwohnten, bis der Nationalismus sie gegeneinanderhegte. Das Ergebnis der Abstimmung wird günstig für Deutschland, das unterliegt heute wohl kaum noch einem Zweifel; aber es hätte noch günstiger gestaltet werden können, wenn es nicht auch deutsche Kreise gäbe, die der weißen Junterrepublik Polen freiwillige oder unfreiwillige Helferdienste leisten würden. Es sind die „Abstimmungs-abstinenten“, jene berückelte „Partei der Nichtwähler“, die bei jeder Wahl ein gewisses Kontingent stellen und das Wahlergebnis trüben und beeinflussen. Nicht immer braucht böser Wille vorzuliegen; auch Unverstand und Verbitterung, Interesselosigkeit und Indifferentismus werden zu Handlangern der Reaktion und im Falle der ober-schlesischen Volksabstimmung zu Schergen des polnischen Militärstaates.

Immer war es Sache der politischen Parteien, die Launen und Willigen auszunutzen, sie zur Ausübung ihres Wahlrechtes, richtiger gesagt, ihrer Wahlpflicht, zu veranlassen. Um so weniger Verständnis wird man dem Verhalten der kommunistischen Partei entgegenbringen können, die in Oberschlesien für die Volksabstimmung Stimmhaltung propagiert.

Auf ihren beiden Bezirksparteitag in Bismarckhütte und Gleiwitz beschloß die P. K. P., sich an der Abstimmung als Partei nicht zu beteiligen. Sie blieb aber nicht etwa dem ganzen Kampf fern, sondern veranstaltete in Oberschlesien Versammlungen mit dem Thema „Das Meißelt“, und die Parteiredner und ihre Presse setzten sich propagandistisch für Stimmhaltung ein. Diese Stimmhaltung ist auch eine Beteiligung an der Abstimmung, denn das Fehlen von Stimmen beeinflusst das Stimmresultat, und zwar zugunsten Polens, weil die Mehrheit der Bevölkerung deutsch votiert. Die P. K. P. bemüht sich also, der deutschen Partei eine Anzahl Stimmen zu entziehen, eine größere Anzahl als der polnischen Partei, wenn auch verhältnismäßig im ganzen immer noch keine große; denn an dem gesunden Sinn der ober-schlesischen Arbeiterchaft wird diese Maulwurfsarbeit ohne große Wirkung abprallen.

Welches Interesse haben die Kommunisten daran, die polnische Sache in Oberschlesien zu stärken? Um die Un Sinnigkeit dieser Politik in ihrem ganzen Umfange zu ermessen, müssen wir uns in die kommunistische weltpolitische Auffassung hineinendenken. Danach ist Sowjetrußland das A und O des Kommunismus. Sicher würde durch die Zuteilung Oberschlesiens zu Polen dem Hauptgegner Rußlands, dem weißen Polen, eine Stärkung wirtschaftlicher und politischer Art von gar nicht abzusehender Tragweite. Polen könnte aus Oberschlesien Menschen- und Kriegsmaterial in für osteuropäische Verhältnisse so großen Mengen heranzuführen, daß es dadurch dem Sowjetrußland in Rußland zur größten Gefahr werden würde. Nachdem nun Rußland der kommunistischen Auffassung nach — und mit Recht — das Land ist, mit dem der „Kommunismus“ im Sinne der P. K. P. steht oder fällt, wäre es doch nur selbstverständlich, wenn die deutschen Kommunisten alles ausbieten würden, um die durch die Zuteilung Oberschlesiens zu Polen drohende Stärkung der polnischen Avantgarde des Entente-Militarismus zu verhindern und dafür einzutreten, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt. Das militärisch machtlose Deutschland wird niemals der Gegner Sowjetrußlands werden. Im Gegenteil, heute, wo sich der Westen zum Teil gegen die deutsche Wareneinfuhr wehrt, wird sich der deutsche Wirtschaftsmarkt Absatzmöglichkeiten im Osten suchen müssen, und wir werden in absehbarer Zeit zu deutsch-russischen Abkommen gelangen, die im Interesse beider Reiche liegen. Es ist demnach erwiesen, daß Rußland — das Rußland der Sowjets — ein Interesse daran hat, daß Oberschlesien nicht zu Polen kommt. In diesem Sinne hat sich übrigens auch die halbamtliche bolschewistische „Pravda“ geäußert; unsere P. K. P. ist aber noch bolschewistischer als die Bolschewisten und bemüht sich, Oberschlesien dem polnischen Kapital auszuliefern.

Die sozialen Verhältnisse in Deutschland sind gewiß nicht rosig, aber sie sind den polnischen gegenüber immerhin noch zehnmal günstiger. Auch dem ober-schlesischen Kommunisten kann es nicht gleichgültig sein, ob seine Familie dem polnischen Hunger — wenn selbst nur auf eine bestimmte Zeit — ausgeliefert wird und seine Kinder als Analphabeten heranwachsen. Der Kommunist müßte dessen eingedenk sein, daß zum Siege des Sozialismus ein geistig hochstehendes Proletariat unerläßliche Vorbedingung ist. Er erweist dem

Kommunismus nur den schlechtesten Dienst, wenn er bei der Volksabstimmung abseits steht und damit zum Helfer des polnischen Imperialismus wird.

Bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen, wo es doch auch Kommunisten gibt, haben diese recht weder für Deutschland gestimmt. Welten etwa für Oberösterreich andere Beweggründe als für diese Gebiete?

Die D. R. P. wählt zu den Parlamenten, zu Provinzial- und Kreisräten, zu städtischen Rörperschaften und Gemeindevorständen, die doch an Wichtigkeit die oberste Wahl der Volksabstimmung gemiß nicht übertreffen, und in Oberösterreich proklamiert sie Stimmhaltung zugunsten des meißner Polen. Wer will dies Gebahren noch Wahrung der proletarischen Interessen nennen? Die oberösterreichischen Kommunisten werden ihren auf der höchsten Ebene ruhenden Führern die Gefolgschaft verlagern und deutsch stimmen im Interesse des deutschen und des internationalen, noch auch des russischen Proletariats. Die kommunistische Blockpolitik wird ein der D. R. P. unerwünschtes Ergebnis sein. Sie wird der oberösterreichischen Arbeiterchaft die Augen öffnen, sie von der Fiktion und von den Fiktionären loslösen.

Oberösterreichs Arbeiter, auch die kommunistischen, werden deutsch wählen!

Die abseits stehn, wir wollen sie nicht hassen. Verachtung nur folgt ihnen auf den Köpfen.

## Die wirtschaftliche Räteorganisation Deutschlands.

Den „D. R. P.“ wird geschrieben:

Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat die Aufgabe, Vorschläge für die wirtschaftliche Organisation Deutschlands in Ausführung des Art. 165 der Reichsverfassung zu machen. Die oberste Spitze dieser Organisation wird der endgültige Reichswirtschaftsrat selber sein, dessen Zusammenlegung zu den Aufgaben des Verfassungsausschusses gehört.

Zunächst hat jedoch am 8., 9. und 10. d. Mts. eine eingehende Erörterung über die Aufgaben, Abgrenzung und den Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte stattgefunden.

Die Aufgaben der Bezirkswirtschaftsräte wurden von dem Berichterstatter Oberbürgermeister Ripplaff unmisslich. Die Bezirkswirtschaftsräte müssen für den Bezirk dieselben Funktionen haben wie der Reichswirtschaftsrat für das Reich. Sie haben das Recht, bei allen wirtschafts- und sozialpolitischen Angelegenheiten, die für den Bezirk von grundlegender Bedeutung sind, gutachtlich gehört zu werden, ferner das Recht, Initiativentwürfe für den Bezirk zu stellen. Schwieriger lassen sich die Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse abgrenzen, die ihnen nach der Verfassung übertragen werden können. Eine große Verwaltungstätigkeit mit Finanzhoheit über etwaige „Wirtschaftsprovinzen“ lehnte der Berichterstatter ab, weil sie zu völligem Zerfall des Reiches führen würde, doch sei eine Mitwirkung bei der von den bestehenden Behörden ausgeübten Verwaltung in der Form von Beiräten, oder eines Kontroll- oder Zustimmungsvorgangs denkbar. Nach dem Vertriebsratsgesetz ist der Bezirkswirtschaftsrat schon jetzt die entscheidende Instanz bei Streitigkeiten für den Bezirk.

In der Erörterung ergab sich im wesentlichen Uebereinstimmung darüber, daß die Bezirkswirtschaftsräte nicht als neue Instanz und feststehender Apparat neben die Behörden zu treten haben, daß ihnen gleichwohl eine ganze Reihe von wichtigen Fragen übertragen werden kann. Besonders herausgegriffen wurde: Die Gewerbeaufsicht, die öffentliche Gesundheitspflege, die Arbeitsgerichte, Arbeitsvermittlung, Arbeitelosen- und Armenfürsorge, das Schlichtungswesen, das Beihilfswesen, die Jugendfürsorge und das Siedlungswesen u. a. m.

In bezug auf die Abgrenzung der Bezirke wurde vom Berichterstatter der Gedanke der Wirtschaftsprovinzen vorläufig abgelehnt, weil bisher überhaupt nicht feststeht, was als zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet betrachtet werden möchte, und ferner eine solche Neuorganisation des ganzen Reiches unter Nichtachtung aller bestehenden und eingefahrenen Organisationen revolutionär auf das Wirtschaftsleben wirken möchte und also zurzeit nicht angängig ist. Die Abgrenzung der Bezirke habe im Anschluß an die politischen und Verwaltungsbezirke, mit deren Behörden in der Praxis nachher zusammengearbeitet werden muß, zu geschehen. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollen aber alle nur denkbare Berücksichtigung dabei finden. Kleine politische Bezirke, besonders die kleinen Freistaaten, müssen sich nach ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit größeren Bezirken angliedern.

In der Erörterung war man sich darüber einig, daß die ganze Bezirkseinteilung nicht vom grünen Tische, sondern nach den Wünschen der Beteiligten zu geschehen habe, worüber auch die Sachverständigen gehört werden sollen.

Was den Aufbau und die Zusammenlegung der Bezirkswirtschaftsräte angeht, so führte hierzu der Berichterstatter Max Cohen (Soz.) in Uebereinstimmung mit dem vorbereitenden Unterausschuß aus, daß es sicherlich das Beste wäre, wenn als Unterbau der Bezirkswirtschaftsräte eine völlig neue Gewerbeorganisation geschaffen werden könnte. Er zweifelte aber daran, daß dies praktisch durchführbar sei. Wenn man aber die bestehenden Berufsorganisationen als Unterbau für den Bezirkswirtschaftsrat verwenden möchte, dann gäbe es drei Möglichkeiten: man könne die bestehenden Landwirtschafts-, Handels- und Handwerkskammern unter Zusammenlegung der allzu kleinen Bezirke durch Hinzunahme von Arbeitnehmern zu paritätisch zusammengesetzten K r b e i t e r k a m m e r n ausbauen; oder man könne neben jede einzelne Unternehmerkammer eine Arbeiterkammer für die gleiche Berufsgruppe und den gleichen Bezirk legen, die zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten müßten, wenn eine der beiden Kammern es verlangt, wobei über die Weidenschaftsfrage über alle an die Behörden zu stellenden Anträge; oder es könne schließlich an die Stelle der jetzigen gemeinsamen Beratungen an sich getrennten Kammern die Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Ausschusses treten, der alle wichtigen Aufgaben zu übernehmen würde. Vor-

setzung dieser drei Möglichkeiten sei eine Vereinheitlichung der Zusammensetzung des Wahlsrechts und des Aufgabenkreises der bestehenden Berufsammern. An die Seite der Berufsammern sollen die K r b e i t e r k a m m e r n treten, in denen aber nur Vereinigungen vertreten sein dürfen, die unter Ausschaltung jeglichen Gewinnes den Bezug von Gegenständen zu verbilligen suchen, also etwa: Konsumgenossenschaften, Hausfrauenvereine, schließlich auch noch Mietervereine und Siedlungsgenossenschaften. Die Zusammenfassung der Bezirkswirtschaftsräte soll ähnlich wie die des Reichswirtschaftsrates sein: 1/3 Vertreter von Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk, 2/3 Vertreter der freien Berufe, Beamten und Verbraucher.

Die Erörterung wendete sich besonders der paritätischen Ausgestaltung der bestehenden Berufsammern zu, mit der sich nur der Vertreter der Handwerkskammern für diese einverstanden erklärte.

Die Vertreter der Handelskammern lehnten die paritätische Besetzung unter Bezugnahme auf den Art. 165 der Verfassung, der von getrennten „Arbeiterkammern“ spricht, mit der Begründung ab, daß behördliche Funktionen von den Handelskammern nur in wenigen Fällen und, wie z. B. bei der Beaufsichtigung der Börsen, mehr formaler polizeilicher Natur ausgeübt werden und für die Arbeitnehmer kein Interesse hätten, daß ferner aber bei der gesamten gutachtlichen Tätigkeit der Handelskammern über Gesetze usw. eine paritätische Besetzung der Arbeit des Urteils hinderlich sein würde (1), da dann von vornherein ein Kompromiß zustande käme, anstatt den Standpunkt der Arbeitgeber und -nehmer für sich rein zur Geltung kommen zu lassen.

Von Arbeitnehmerseite wurde darauf erwidert, daß der Art. 165 die Arbeiter und Angestellten dazu berufe, „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Die Handelskammern gehörten zu den Stellen, bei denen die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflusst werde. Infolgedessen müßten die Arbeitnehmer gleichberechtigte Mitwirkung fordern.

Für die Landwirtschaftskammern wies ein Vertreter der bäuerlichen Kleinbetriebe die paritätische Besetzung mit der Begründung ab, daß gerade diese Familienbetriebe die Interessen weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer der Großbetriebe teilten und ihnen beiden daher auch nicht zugerechnet werden könnten. Sie seien aber rein zahlenmäßig bedeutender als z. B. die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft, von denen 4,5 Millionen gegen 10,6 Millionen in Familienbetrieben Beschäftigte seien.

Nach wirtschaftlich seien die Kleinbetriebe bedeutender, da ihre Leistungen für die Volksernährung, abgesehen vom Getreidebau, größer sind als die des Großbetriebes.

Von Arbeitnehmerseite wurde darauf erwidert, daß der Kleinbauer, wenn auch nicht als Arbeitgeber, so doch als Arbeitnehmer zu betrachten und eine paritätische Besetzung, die der Bedeutung des Kleinbetriebes Rechnung trage, dadurch zu erreichen sei, daß man, wie im Reichswirtschaftsrat selbst, seine Vertreter zum Teil den Arbeitgebern, zum Teil den Arbeitnehmern zurechne.

Weniger ablehnend verhielten sich die Vertreter der Handels- und Landwirtschaftskammern gegenüber dem Gedanken der Bildung ständiger gemeinsamer paritätischer Ausschüsse aus den alten Kammern und den neuen daneben tretenden Arbeiterkammern. Der Berichterstatter nahm diesen Gedanken am Schluß der Verhandlungen auf und erklärte sich mit ihm einverstanden, sofern nur dieser Ausschuß bestimmt unrichtige Aufgaben, besonders die Beratung aller an Behörden zu stellenden Anträge, übertragen erhalte. Es wird versucht werden, eine Einigung in dieser Richtung zu erzielen, wenn eine Reihe von Sachverständigen über diese Fragen gehört worden ist. Die Sachverständigen werden sich außerdem auch über die Aufgaben und die Abgrenzung der Bezirkswirtschaftsräte eingehend zu äußern haben.

## Die Opposition gegen das Reparationsgesetz.

London, 16. März. „Morning Post“ berichtet, daß lange Listen von Änderungsanträgen zu der deutschen Reparationsbill von Mitgliedern des Parlaments, die Laquitt und der Arbeiterpartei nahestehten, eingebracht worden sind. Die „Morning Post“ weiter meldet, herrscht im Unterhause starker Zweifel, ob die Bill sehr wirksam sein wird. Dem Schatzkanzler sind von Seiten der Koalitionsparteien heute Vorstellungen gemacht worden, bei denen darauf hingewiesen wurde, daß auf die Dauer England der Einsammlung der Reparationen für die Alliierten sei und dabei zu Schaden kommen würde. Die Ansicht gewinnt an Boden, daß der Oberste Rat sich überein hat und sich mit dem Plan nicht eingehend genug befaßt hat.

Dem „Daily Herald“ zufolge werde nach Ansicht der englischen Geldmärkte der Entschädigungsplan Lloyd Georges zum Ruin des englischen Handels führen. Der Widerstand der Geschäftswelt gegen die Bill betreffend die 50 prozentige Einfuhrabgabe nimmt dem Blatt zufolge dauernd zu. „Daily Herald“ veröffentlicht eine Zuschrift, in der es heißt: Es würde für England lebender sein, den Deutschen 11 Milliarden Pfund in Gold zu geben und sie zu bitten, uns Aufträge zu erteilen, als die Deutschen zahlen zu lassen“.

London, 16. März. „Morning Post“ meldet aus Washington, daß der Reichstag, die Vereinigten Staaten sollten als Schlichter zwischen den Alliierten und Deutschland auftreten, der von bedeutenden New Yorker Geschäftsmännern gemacht wurde, laut vom „New York Herald“ (einem führenden Blatte des amerikanischen Reichskapitals, D. M.) warm verurteilt wird. „Daily Herald“ schreibt, keine der beiden Parteien könne sich etwas unternehmen, ohne eine Versicherung von London. Die Exemter würden die Vereinigten Staaten ihre Forderung der Reparationen zu einem hohen Prozentsatz bezahlen und auf der anderen Seite die deutsche Forderung der Reparationen zu einem hohen Prozentsatz bezahlen. Die Exemter würden die Vereinigten Staaten ihre Forderung der Reparationen zu einem hohen Prozentsatz bezahlen und auf der anderen Seite die deutsche Forderung der Reparationen zu einem hohen Prozentsatz bezahlen.

sch um eine Kommerzielle und nicht politische Bewegung. Denn solange die Truppen der Alliierten in Deutschland ständen, sei es schwierig für die Vereinigten Staaten, Frieden mit Deutschland zu machen. Während einige Senatoren dem Plan einer amerikanischen Vermittlung nicht abgeneigt sind, erklärt die Mehrzahl der Senatoren, es sei unmöglich, diesen Plan ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Paris, 16. März. Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt zur Frage der alliierten Kriegsschulden eine Äußerung eines ungenannten englischen Diplomaten mit, der bei allen Friedenskonferenzen seit Versailles eine führende Rolle gespielt habe. Der Diplomat sagte unter anderem, jeder vernünftige Mensch in England wisse, daß England nie einen Pfennig mehr von Deutschland noch von seinen alliierten Schuldverm bekommen werde. Amerika halte den Schlüssel zum Weltfrieden in der Hand, und es werde nicht eher wirklichen Frieden geben, als bis Amerika eingreife.

## Belgische Kritik an den „Sanktionen“.

Paris, 14. März. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ bestätigt, daß die Erregung in Brüssel über die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen nicht klein ist. Bedeutende Persönlichkeiten der Industriellen- und der Handelswelt befürchteten, daß diese Maßnahmen die Reparationsfrage verwickeln, besonders aber, daß sie, was Belgien betreffe, geeignet seien, den Durchgangsverkehr zwischen Belgien und Deutschland lahmzulegen, weil jedenfalls hierfür Rotterdam und nicht Antwerpen in Anspruch genommen werden würde.

Außer „Libre Belgique“ haben auch „Peuple“ gegen diese Zwangsmassnahmen Widerspruch erhoben. Das sozialistische Blatt sagt, der „Temps“ habe sogar dieser Tage von einer politischen Maßnahme und von der Einberufung eines rheinischen Parlaments gesprochen, das einen Zolltarif aufstellen soll. Es handle sich also hier um den alten Traum eines Pufferstaates oder um eine indirekte Annexion. Der Verfasser des Artikels, Louis de Brocade, schreibt, die belgischen Hyperpatrioten, die derartige billigen, seien wahrhaftig blind; denn wie könne man noch von einem freien Belgien sprechen, das demmaßen zwischen zwei französischen Gebieten eingeklemmt werde. Die Frage sei also vom politischen und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr wichtig, diese Politik der Zwangsmassnahmen sei unhaltbar. Er hoffe, daß das Parlament dies klar zum Ausdruck bringen werde.

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ erwartet eine scharfe Debatte auch in der Kammer. Die beiden belgischen Delegierten, Minister Jaspar und Theunis, hätten schon herausgefunden, in welcher unangenehmer Situation sie sich befänden, und deshalb habe Jaspar eiligst im Senat eine Art Berichterstattung über die Verhandlungen von London abgegeben. Die Beunruhigung sei auf sachliche Beweggründe zurückzuführen; denn in dieser Frage seien die vitalen Interessen Belgiens berührt.

## Die Pariser Reparationen eine Fata Morgana.

London, 14. März. Garvin sagt im „Observer“: Auch die neue Zollgrenze östlich des Rheins, die durch das Herz des industriellen Deutschlands geht, bedeute eine Schädigung aller Aussichten auf Wiederherstellung des Handels mit Mitteleuropa. In England seien bereits 2 Millionen Arbeitslose, und das nenne sich zwei Jahre nach dem Waffenstillstand „Friede ohne Kompensation“. England als industrielle Nation, die von ihrem Seehandel abhängt, leide weit mehr unter dieser Methode, als Frankreich. Die Entente dürfe nicht die wirtschaftliche Waffe zur Vernichtung Englands werden. So könne es nicht weiter gehen. Mit Frankreich gemeinsam müsse ein anderer Weg gefunden werden. Die Zwangsmassnahmen bedeuteten die Organisation des bevorstehenden Chaos in Deutschland und die Einschränkung oder Verzögerung seiner Zahlungsfähigkeit. Die Pariser Reparationen seien eine Fata Morgana, die weder Frankreich noch England jemals auf dieser Erde erreichen würden. Sie machten eine glückliche Lösung unmöglich, sie entmutigten jede gemäßigtere Ansicht in Deutschland, die sonst für den Weltfrieden gewirkt haben würde. Die ganze Methode fördere nur die militärische Aktion gegen Deutschland und auf der anderen Seite den Bolschewismus. Sie führe zur Katastrophe für Europa und England. Als einziger Ausweg bezeichnet Garvin die Teilung des gesamten Reparationsplanes in zwei Teile, einen endgültigen und einen vorläufigen. Deutschland solle sich für 5, 7 oder 10 Jahre endgültig verpflichten. Nach Ablauf des betreffenden Zeitraumes soll der übrige Teil der Reparationen von einem unabhängigen Tribunal, in dem auch die Neutralen oder das amerikanische Element vertreten seien, grundsätzlich neu geprüft werden.

## Französische Truppen gegen die luxemburgische Arbeiterchaft.

Wie der Internationale Gewerkschaftsbund mitteilt, haben sich französische Truppen in den Abwehrkampf der luxemburgischen Arbeiterchaft eingemischt und der französische und belgische Gesandte sich für Abschaffung des Arbeitsvertragsgesetzes erklärt. Daraus hat das französische Militär die Arbeiter wieder gerufen. Am 7. März fanden Verhandlungen zwischen der Regierung und Arbeitervertretern statt, bei denen Generaldirektor Pescatore erklärte, daß die belgischen Franzosen und Belgiens verlangt hätten, der Regierungsbefehl über die Arbeiterausschüsse müsse teilweise aufgehoben werden, bis der wirtschaftliche Anschluß Luxemburgs an Belgien vollzogen sei.

Zuletzt sind 10000 Arbeiter ausgeperrt. In Zugung nach Luxemburg ist es nicht mehr voranzukommen.

## Die Umstellung des Justizwesens.

### 24. Sitzung des Danziger Volkstages

Donnerstag, den 17. März 1921.

Zu der um 3 Uhr durch den Präsidenten **Matthaei** eröffneten Sitzung kommt es zunächst zu einer Debatte über

#### die Vorgänge in der Abendigung.

**Abg. Schwegmann** (Dnaw.) verweist zunächst eine längere Erklärung seiner Fraktion in der geg. näher den bisherigen Entscheidungen eine

#### abweichende Darstellung des Vorfalls

gegeben wird. Nach der Schilderung der Deutschnationalen soll der unabhängige Abgeordnete **Widder** seinen Antrag nicht auf den Abgeordneten **Widder** (Dnaw.), sondern auf den am Abendpult stehenden Senator **Dr. Frank** gemacht haben und zwar mit den Worten: „Halten Sie das Maul, Sie Hölle.“ Es wird in dieser Deutschnationalen Erklärung auch bestritten, daß **Widder** eine heftige Polemik gegen **Widder** eingebracht hat. Die Erklärung erweist zum Schluß, daß die „abschließliche Tat“ durch das

#### bereits eingeleitete Strafverfahren

zu einer ausreichenden gerichtlichen Sühne führt.“ Die Erklärung wird von rechts mit lebhaften Protesten begleitet und von der Linken mit Beifall aufgenommen.

**Abg. Rau** (H. F. P.) erklärt, daß die unabhängige Fraktion kein Wort ihrer am vergangenen Abend abgegebenen Erklärung zurücknehmen könne. Durch den Abgeordneten **Widder** könne bewiesen werden, daß **Widder** tatsächlich angegriffen sei. **Widder** bezeichnet die Justiz als die Stütze der Deutschnationalen und wird dafür zur Ordnung gerufen.

**Abg. Rahn** (A.) wiederholt seine am Schluß der Abendigung gegen den Präsidenten gemachten Vorwürfe einer parteiischen Geschäftsführung. Nach **Widder's** Auffassung hätte die zweite Vertagung der Abendigung nicht stattfinden brauchen. **Rahn** greift den Präsidenten, den er als „alten, nervösen und erregten Herrn“ bezeichnet, scharf an, weil er angeblich die Sicherheitsbeamten sowie einen Verbindungsoffizier im Saale habe. Die Kommunisten würden unter Leitung dieses Präsidenten nicht weitertragen, sondern von allen Mitteln Gebrauch machen, daß den Deutschnationalen Güten und Erben vergehen werde!

Präsident **Matthaei** verwahrt sich entschieden gegen die Vorwürfe und erklärt, daß die zweite Aussetzung der Abendigung wegen des großen Lärmes erfolgen mußte.

**Abg. Schwegmann** (Dnaw.) lehnt die Vorlesungen des **Abg. Rahn** über Strafrecht für seine Fraktion ab und bezeichnet derartige Behauptungen für **Rahn's** Fraktion als angebracht.

**Abg. Rau** (H. F. P.) schließt sich namens seiner Fraktion dem kommunikativen Mißtrauensvotum gegen den Präsidenten **Matthaei** an.

Nach Abschluß dieser teilweise sehr erregt geführten Geschäftsordnungsdebatte schließt das Haus die

#### Veratung über die Abänderungen der Gerichtsverfassung

fort. Ein deutschnationaler Zusatzantrag zum Artikel 5, der eine ständige Vertretung für den Gerichtspräsidenten schaffen will, findet nur die Stimmen der Deutschnationalen und einiger Mitglieder der Deutschen Partei und wird gegen diese abgelehnt.

Artikel 6, der die Geschäftsführung der Kammer für Handelsachen regelt, wird ebenfalls angenommen.

Artikel 7 betrifft das Obergericht. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert Streichung des Votums eines Staatsanwaltes.

**Abg. Rahn** (A.) nimmt Gelegenheit die Rechtsprechung des Obergerichtes zu kritisieren. Er wendet sich besonders gegen ein dieser Tage vom Obergericht gefälltes Urteil wegen **Kellern-**

handel! Die Be strafung der Beteiligten sei zu Unrecht erfolgt, da die Verordnung nicht mehr befinde.

Der sozialdemokratische Antrag wird im Himmelsprung mit 47 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Unter Annahme der weiteren Artikel wird die 2. Beratung der Vorlage beendet.

#### 2. Beratung eines Richterwahlgesetzes.

**Abg. Roening** (D. P.) teilt als Berichterstatter mit, daß im Ausschuss besonders über die Öffentlichkeit des Wahlvorganges gestritten worden ist. Die geheime Wahl wurde beschlossen. Die Richterwahlen sollen öffentlich ausgeschrieben werden. Neu ist die Verschwiegenheit über Personalakten, usw. Während im ersten Entwurf Immunität für die Mitglieder des Richterwahlausschusses vorgesehen war, ist diese Immunität im § 16 des Neuentwurfs aufgehoben. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß die bisherigen, hier fest angestellten Richter sich einer Neuwahl nicht mehr zu unterziehen haben, sondern daß das Gesetz so beschlossen werden soll, daß es nur auf Personen anzuwenden ist, die neu als Richter angestellt werden sollen.

**Abg. Runkle** (Dnaw.) tritt für die Öffentlichkeit des Wahlvorganges ein.

**Genosse Müller** begründet einen Antrag, wonach sich sämtliche Richter, also auch Hilfsrichter, Gerichtspräsidenten, Handelsrichter und assistierende Advokaten, durch den Wahlausschuss gewählt werden sollen. Die Verantwortlichkeit des Richterwahlausschusses gegenüber dem Volkstag ist in der Vorlage nicht genügend berücksichtigt. Durch das Gesetz ist unsere alte Forderung auf Wahl der Richter durch das Volk durchaus nicht erfüllt.

Der sozialdemokratische Antrag auf Ausdehnung der Wahl auf alle Richter wird mit 48 gegen 41 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Das Zentrum stimmt gemeinsam mit den Deutschnationalen gegen den Antrag. Der deutschnationale Antrag auf Streichung der Handelsrichter aus der Vorlage wird gegen die Stimmen der Linken und eines Teiles der Deutschnationalen abgelehnt.

Ein kurze Aussprache entwickelt sich über den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der geheimen Wahl.

**Genosse Grünhagen** nimmt Gelegenheit die frühere Praxis der Justiz gegenüber streikenden Arbeitern zu beleuchten. Die Richter möchten ihr Amt unter allen Umständen unbeeinträchtigt versehen können. Es wäre deswegen ihre geheime Wahl zur Erreichung und Sicherung ihrer Unabhängigkeit notwendig. Die öffentliche Wahl gefährde diese. Die Argumente der Deutschnationalen für die Öffentlichkeit der Wahl sind dem früheren kreuzischen Herrenhause in seinem Kampf gegen das gleiche Wahlrecht entlehnt.

Der deutschnationale Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ein Antrag des Geschäftsordnungsausschusses will vom Senat eine Vorlage über die

#### Regelung der Gehälter der Geistlichen und Kirchenbeamten.

**Abg. Weich** (B.) gibt die Begründung des Antrages über eine

Erhöhung der Gehälter der Geistlichen und Kirchenbeamten. **Genosse Rau** wendet sich in längeren Ausführungen unter Hervorhebung der grundsätzlichen Auffassung der Sozialdemokratie über das Verhältnis von Staat und Kirche gegen den Antrag. Die Verzichtstellung des **Abg. Weich** war einseitig, da er den Standpunkt der Minderheit nicht mitgeteilt hat. Die Sozialdemokratie lehnt infolge ihrer alten Forderung einer

#### Trennung von Kirche und Staat

die Bewilligung von allgemeinen Mitteln für die Kirche ab. Jede Organisation oder andere Bewegung muß ihre Angestellten selbst bezahlen. Auch die Kirche darf die Kosten ihrer Zerkörperung die sie ihren Mitgliedern angedeihen läßt, nicht auf den Staat abwälzen. So alle religiösen Gemeinschaften von dem Staate gleichmäßig be-

handelt werden müssen. Können alle anderen Richtungen mit den gleichen Forderungen kommen. Auch sind im Ausschuss von kirchlicher Seite keinerlei Unterlagen über die Höhe der Gehälter gegeben. **Genosse Rau** geht dann auf die Widerprüche ein, die zwischen den kirchlichen Lehren und dem wirklichen Leben der Vertreter dieser Lehren bestehen. Er weist unter besonderer Aufmerksamkeit auf die Zurücksetzung des Zentrums auf das ausschließliche Leben einer Reihe Päpste hin, die trotz ihres Wohllebens sich sehr wenig um die Leiden des Volkes kümmern. Die Kirchenämter haben den Armen zu großen Reichthümern verholfen, ohne daß die Kirche etwas für die Nothwendigkeiten der Armen getan habe. Die Kirche soll daher auch ihre Amteigentümer auf ihren eigenen Mitteln bezahlen.

**Abg. Rahn** schlägt gegen die Vorlage vor, da sein Votum freundschaftlich noch zwei Stunden zu diesem Thema reden wolle und es dem Hause nicht mehr für heute abend zurichten wolle. Das Haus beschließt demgemäß.

Beide, Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Fortsetzung der Beratungen.

## Danziger Nachrichten.

Der Wucher und Schleichhandel stand in einer Delegiertenversammlung des Wirtschaftsbundes Danziger Hausfrauen im Mittelpunkt der Debatte. **Fräulein Rogalski** berichtete über ihre Erfahrungen und Erfolge auf diesem Gebiete. Auf täglichen Gängen durch die Markthalle und durch Ladengeschäfte werden die Preise, die Güte der Waren geprüft. Schleichwaren werden der Behörde zur Verfügung gestellt. **3. B. wurden gelegentlich 125 Pfund Butter an einer Stelle beschlagnahmt.** Diese Butter wird den Krankenhäusern zugewiesen. Die Zustände auf dem Fleischmarkt spotten jeder Beschreibung. **80 von 100 alter Schlächter sind wegen Höchstpreisüberschreitung angezeigt.** Die Fleischler behaupten, daß nur selten ein Landwirt zu Erzeugerhöchstpreisen verkaufe, die Landwirte dagegen behaupten, daß die Schlächter einander überbieten. Wie soll nun jemand, der sein Fleisch höher einkauft, als er es verkaufen darf, Höchstpreise einhalten? Selten kann nur ein Käuferfreier. Der Viehhof bietet noch Kalbfleisch für 6,50 Mark das Pfund an, das könnte denen, die meinen, nicht ohne Fleisch auskommen zu können, über die fleischlose Zeit hinweghelfen. Eine Hausfrau riet, man soll das Salz nicht durch lauges Wasser abwaschen, sondern sochendes Wasser übergießen. Wenn das Wasser abgetupft sei, dann sei auch der Salzgeschmack verschwunden. Ueber das Brot wird wieder geklagt, es ist feucht, nicht ausgebacken. Das Auslandsmehl scheint manchen Hausfrauen nicht reines Weizenmehl zu sein. Verschiedene Mütter stellten sich zur Verfügung, um Herrn Stadtrat **Weyer**, der jetzt die Aufsicht über die Quaderpeisung übernommen hat, zu unterstützen. Für nächsten Montag wurde eine Sitzung des Arbeitsausschusses anberaumt.

Das beste Mittel, um die unhaltbaren Zustände auf dem Vieh- und Fleischmarkt zu beseitigen, ist unseres Erachtens die Uebernahme der gesamten Fleischversorgung in städtische Regie. Damit würde die missliche Konkurrenz zwischen Großschlächter und Kleinschlächter ausgeschaltet und eine einheitliche Regelung des Viehkaufes durchzuführen sein.

Die Oberammergauer Passionsspiele wird **Else Hoffmann** am Dienstag, den 22. März in der Aula der Petrichule in einer Reihe von farbigen Lichtbildern zeigen, die nach den Oberammergauer Passionsspielen aufgenommen worden sind. Organist **Arielschen** wird den Vortrag durch klassische Orgelmusik unterstützen. Wir verweisen auf die Anzeige.

## Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenrader.

(Fortsetzung.)

Sepherl ließ erschrocken beide Arme sinken, als sie an der Seite Helene's den Toni vom Sternsteinhof herankommen sah. Der Bursche dachte sich allerdings sofort hinter die Stämme, aber es war zu spät, um nicht bemerkt zu werden.

Helene schritt auf Sepherl zu. „Ja, du bist da! Grüß' dich Gott!“

„Grüß' dich auch Gott,“ antwortete kurz die Angesprochene. Helene sah die Türe an der Rechten, um Kopf in Hand mit ihr dahinzuschlendern, aber da Sepherl mit unwilliger Geberde sich Insbriß fragte sie: „No, was is denn? Was hast denn?“

„Du warst mit allein!“

„Wer sollt denn bei mir g'weil sein?“

„Für blind müß' ich mich nicht nehmen und Verstehen is vor Klein' Kindern gut. Ich habe ihn ganz gut gesehen, den Bauerlehn vom Sternsteinhof.“

„Und wann er's war? Kann ich ihm 'n Ort verwehren?“

„Davon is kein Red, aber heut is mit's erste Mal, das hertriffst. Er sucht dich da und du laßt dich finden. Solltest dich wohl schämen!“

„Ich wüßt mit worum. Denst du von mir Schleich's?“

„Ich will just nig Schleich's von dir denken, aber Recht's konnt ich doch auch net, wo du zu noch einem halt'st neb'n Maderl.“

„Du sollst dich hüten, daß ich es mit einem andern halt. Wo hast denn 'n Beweis? Hebrigens läßt ich, bist du weder zu mein Vater, noch zu sein Waderl b'treit!“

„Traug' ihn sticht denn gar wohl an, den man af üblen Wegen betriff.“

„Auf üblen Wegen,“ schrie Helene.

„Ja, af üblen Wegen,“ erwiderte die Sepherl. „Ich sag, auf üblen Wegen, weil es seitab von Ehrlichkeit und Ehrbarkeit führen. Von Awer'n muß doch allweil einer der Betrogene sein, nit? Und wer es da war, is für mich gar kein Frage! Was wüßt denn mit dem weichen Bauerlehn? Vielleicht dein Grand haben, weil es doch zu sein Kraft führen kann? Stehe steht jawo einem Weibskind übel Ding an und is mit ehrlich gegen den, der es eruit meint; denn Ehrlichkeit is kein man nur einem angehören für's Leben, oder verlangen das Leide wahrheits für Zeit und Geld.“

„Burr! Hast du ein Maul! Kann mich über von dir nit beledigen. Ich weiß ja, gegen eine, die bei mehr Kennleuten Anwert findet, da redt der Reid auch bei denen sich der eine einzige für's Leben ewig nit einstellens will! Ueberhaupt versteh ich nit, wie du da so aufbegehren magst! Tze kann ja recht sein, wenn ich mich mit dem Maderl entwei, vielleicht wirst du dann ein's mit ihm.“

„Sag dir sagen,“ schrie zornrot Sepherl. „Lach dir sagen, du bist'n gar nit wert, du grausliches Ding, du! Hadst du es weist, mit dir geh ich auch gar nimmer.“

„Sie lief eiliche Schritte voraus.“

„Geh zum Teufel, wann du wüßt! Wer bist denn du, daß ich nit a Gnad aus deiner Freundschaft machen müßt!“

Schweigend rannten die beiden auf der Straße dahin, eine voran, die andere hinterher.

Helene biß sich auf die Lippen. Nach einer Weile rief sie: „Du, Sepherl!“

„Was gibt es?“ fragte die Angersene, ohne stehen zu bleiben oder den Kopf zu wenden.

„Du wirst doch von dem heutigen nig weiter verkanten lassen? Geht neir?“

„Wenn ich nit dernach gefragt werd, nit!“ lautete die trodene Antwort.

Sepherl wurde aber gar bald danach gefragt, die Entfremdung zwischen ihr und Helene's fiel zuerst der alten Maderl Reßl auf und diese machte daß in Erfahrung gebracht der Liebsbinderin zu wissen, welche den Maderl davon in Kenntnis setzte und am Schluß einer sehr eindringlichen Rede fragte: ob er nach allem, was er sich schon habe gefallen lassen, sich auch das noch gefallen lassen wolle?

Maderl erklärte mit aller Entschiedenheit, die ihm zu Gebote stand, daß er das nicht gesonnen sei und die Tirne rechtschaffen zur Rede stellen werde. Er machte sich auch denselben Abend noch auf den Weg nach dem fernen Walde; doch als er das Gehäus anständig wurde, stand er von dem Gedanken ab, es zu betreten. Scheute er ein Aufkommenlassen in dem Burche, oder fürchtete er bei einer Ueberrastung vielleicht mehr zu sehen, als ihm lieb sein müßte? Darüber gab er sich keine Rechenschaft, meinte nur, daß er es eigentlich ja doch nur mit der Tirne allein zu tun habe, und lehnte sich urweil des Tages auf einen Geröllhaufen, um die Gerächende zu erwarten; als er sie endlich herankommen sah, erhob er sich und ging ihr entgegen.

Als er vor ihr stehen blieb, tat sie noch einen Schritt auf ihn zu und stand hand in hand an ihm, daß er hätte aufhören müssen, um

ihre in die Augen zu sehen, aber er hob den Kopf nicht und sagte leise:

„Ich hält mit dir zu reden.“

„So red!“

„Ich weiß, wo du herkommst.“

„Das is kein Kunst, es weiß jeder, woher der Weg führt.“

„Ich mein, von wem du herkommst, mit wem du warst, weiß ich.“

„Nun?“

„Mit dem Sternsteinhof's'n treibst du dich da herum.“

„Was weiter?“

„Das brauch ich mit nit g'lassen zu lassen!“

„Wann du dich überhaupt drum zu bekümmern hätt'st, freilich nicht!“

„Was sagst du?“ fragte, durch die kurzen Reden der Tirne erregt, der kleine Bursche mit erhobener Stimme. „Was sagst du?“

„Ich hält mich da drum nit zu bekümmern? Ich mich nit! Ruht ich nit dasteh'n, wie aus'n Wolken gefallen, wie die Mutter davon zu reden angehoben hat?“

„So, dein Mutter heßt dich also gegen mich auf? Gut, daß ich es weiß.“

„Sag du nur nig gegen mein Mutter, damit kommst du nit auf, mein Mutter is ein Ehrenweib —“

„Mag sie jehmal ein Ehrenweib sein,“ schrie jetzt Helene, deßwegen bin doch ich doch auch noch keine schlechte Tirn! Ein Einzigs find' mer auf im ganzen Ort, das mit a Schleichigkeit nachlagen kann!“

„So? Und jetzt das von einer Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit und Ehrbarkeit, wenn du mit einem andern gehst?“

„Wann ich ging — ich sag wann — so ging ich allweil nur mit einem, von einem andern weiß ich nit!“

„Von einem andern weiß ich nit? Wer war denn nachher ich, wenn ich nit der eine bin, mit dem zu gehen halt?“

„Mit dem ich zu gehen halt? No höst, Maderl, jetzt seh ich wohl, du wüßt eifern und du hast du doch gar kein Recht.“

„Wir is nit dein Schach?“

„Wah' es vielleicht, kennst es noch kein, oder bist es gar niemals gewesen. Schach nennt auch der Jähmann die Kellnerin vom Wirtshaus, wo er alle heilige Zeit einmal einkehrt. Das Wirtshaus wird viel beredt, oder sagt nig.“

(Fortsetzung folgt.)



# Danziger Nachrichten.

## Der Volkstag

besandte gestern die zweite Sitzung der so heiß umstrittenen Vorlage über die Abänderung der Gerichtsverfassung und auch des Richterwahlgesezes. Erstere, die tatsächlich dazu dienen konnte unser durchaus veraltetes Richtswesen in seinen entscheidenden Punkten neu zu gestalten, beschränkt sich in Folge der Ablehnung der Deutschnationalen und der schädlichen Haltung des Zentrums und der Deutschen Partei fast nur auf gesetzliche Verankerung einiger durch die Freistaatbildung geschaffener Privilegien. Der Anlauf zur durchgreifenden Umgestaltung des Wahlverfahrens der Schöffen und Geschworenen blieb bereits im Aufschwung hoffnungslos stehen, da die Mittelparallelen Kampf vor ihrer eigenen Laune bekamen und sich trotz ihrer ersten Zustimmung zu den Entwürfen der Linken nur zur Annahme einer an dem Senat gefällten entsprechenden Resolution auftrafen konnten. In der der Senat zur Ausarbeitung einer dementsprechenden Vorlage ersucht wird. Anstatt also ganze Arbeit zu machen, beschränkt man sich auf Nichtigkeiten. Tagegen steht das bestehende Justizrecht zum Himmel und wird von Senats-Senatoren, da der Volkstag auf seine Rechte selbst Bericht leistete, auch weiterhin ruhig im alten Schilde bestehen bleiben. Auch das Richtermahlgesez wird in seiner jetzigen Form noch keine endgültige Befestigung der einseitigen Rechtsprechung im Gefolge haben. Wenn es gegenüber den bis jetzt bestehenden Zuständen auch einen Fortschritt darstellt, zumal es gelang einige rechtliche Anträge der Deutschnationalen, wie u. a. hauptsächlich die Verrücktheit des Wahlverfahrens, abzuwehren, so ist dadurch die alte sozialdemokratische Forderung auf Wahl der Richter durch das Volk noch lange nicht erfüllt. Erst wenn das Volk die Möglichkeit hat, seine Richter selbst zu wählen, wird die Rechtsprechung, wie es von den sozialdemokratischen Rednern in der Debatte immer wieder betont wurde, sich dem Rechtsempfinden der breiten Volksmassen anpassen und das so notwendige Vertrauen zur Justiz hergestellt werden. Solange die Richter vorzugsweise nur den bestehenden Schichten des Volkes entnommen werden, wird durch die Willkür des überwiegenden Teiles der Richter die Einseitigkeit der Rechtsprechung weiterhin zu verzeichnen sein. Zum Abschluss gab es anlässlich der Forderung auf Gehaltsregelung der Geistlichen eine Kirchendebatte, die vorzugsweise vom Genossen Reu vortragsvoll bestritten wurde und die heute ihre Fortsetzung finden wird. Einangang der Sitzung gab es eine Auseinandersetzung über den Professionsfall Fischer-Fahler. Der anscheinend noch weitere Kreise ziehen wird, da die Deutschnationalen gerichtliche Ehre fordern.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet wiederum am nächsten Dienstag, den 22. März 1921, nachmittags 4 Uhr, statt. Die Tagesordnung enthält zum größten Teil die aus den vorhergehenden Sitzungen zurückgestellten Punkte. Es sind vorgesehen in der öffentlichen Sitzung: Einführung eines Stadtverordneten. — Anfragen von Stadtverordneten, betr. 1. Elektrizitäts- und Gaszähler, 2. die elektrische Straßenbahnlinie Benggasse-Bismarck-Platz, 3. Anfrage und Antrag von Stadtverordneten, betreffend die Fortführung und Verwaltung der Stadtbetriebe Danzig, und auf Einsetzung eines Ausschusses zur Begutachtung von Geschenkwerken. — Anträge von Stadtverordneten, betr. 1. Wegewerbesserungen in Bräsen und Neufahrwasser, 2. Beleuchtung der Böden und Schaufenster. — Neufestsetzung der Benutzungsgelder für den städtischen Schlacht- und Viehhof. — Erste Sitzung des Haushaltungsplanes des städtischen Schlacht- und Viehhofes für 1921. — Nachbewilligung von Mitteln für die Instandsetzung des ehemaligen Karkhäuser Jähkessens. — Berichterstatter und Anträge des Petitions- (Eingabens-) Ausschusses. — In der geschlossenen Sitzung: Anstellung von Feuerwehrmännern und Beamten. — Unterstufungen, Ruhelohn, Witwengeld usw. — Vermittlungen.

## Bedeutende Erhöhung des Brotpreises.

Erstrebter Ausgleich durch Lohnzulagen. Wie uns vor zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird der einheitliche Preis für das auf Brommarken abzugebende Roggen- und Weizenbrot von Montag, den 21. März auf 3,40 Mark für das Kilogramm festgesetzt. Es wird weiter dazu mitgeteilt, dass die Erhöhung dieses Brotpreises unvermeidlich war, weil die Freie Stadt Danzig gezwungen ist, Brotgetreide aus dem Auslande zu kaufen. Wie zum 1. März konnte unser Bedarf an Brotgetreide zum Teil aus unserer eigenen Ernte, zum Teil aus Zuschüssen gedeckt werden, welche uns Polen lieferte. Jetzt ist aber unsere Freistaatsmühle fast ganz aufgebraucht; die noch im Freistaat befindlichen Mengen können für die Versorgung der gesamten Bevölkerung nur noch wenig in Betracht kommen. Die polnische Regierung hat sich geweigert, weitere Mengen Brotgetreide an die Freie Stadt zu liefern, solange diese der Republik Polen nicht in anderen Punkten, welche z. B. zwischen den beiden Regierungen verhandelt werden, die von Polen gewünscht über die Konvention hinausgehenden Zugeständnisse macht. Da die Freie Stadt hierzu nicht in der Lage ist, hat das Wirtschaftsamt sich genötigt gesehen, Auslandsgetreide einzukaufen, um die Bevölkerung vor Hunger zu schützen. Wenn der heutige Auslandspreis für Getreide zugrunde gelegt wird, würde ein Kilogramm Brot bei dem gegenwärtigen Stand der Baluta etwa 5,50 Mark kosten. Bei unseren wirtschaftlichen Verhältnissen erscheint es ausgeschlossen, einen derartig hohen Brotpreis der Bevölkerung aufzubürden. Seitens der Regierung ist bereits vor kurzem im Volkstage erklärt worden, dass der Auslandspreis nicht in voller Höhe auf den Brotpreis abgemindert werden würde, dass vielmehr ein erheblicher Teil in anderer Weise gedeckt und die dazu nötigen Vorlagen dem Volkstage gemacht werden würden. Der Senat hat es für richtig gehalten, den Brotpreis um 1 Mark zu erhöhen, sodass also nur etwa 1/2 der Mehrkosten auf den Brotpreis abgewälgt werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, ist behördlicherseits mit der Leitung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Freien Stadt Danzig in Verbindung genommen, in welcher Form die Uebernahme der Erhöhung des Brotpreises für Angestellte und Arbeiter durch die Arbeitgeber zu ermöglichen ist. Nachdem schon bei der ersten Brotpreiserhöhung die genannte Vereinigung auf die ihr angeschlossenen Verbände und Mitglieder nachdrücklich eingewirkt hat, den Ausschlag durch eine Brotzulage auszugleichen, besteht Hoffnung, dass auch die jetzige erhebliche Broterhöhung von den Arbeitgebern, nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für Angestellte freiwillig getragen wird.

Erforderlich wäre es allerdings, dass die Behörden mit dem notwendigen Lohn- und Gehaltsausgleich für ihre Arbeiter und Angestellten vorgehen und nicht wie beim letzten Mal, den bei ihnen Beschäftigten die Zulage vorenthalten. Das Bestreben, bei privaten Unternehmern die Zulagen herauszuholen, wird vielfach illusorisch gemacht, wenn diese darauf hinweisen können, dass die Behörden für die ihnen unterstellten Betriebe die Zulage selbst nicht zahlen. Außerdem leiden die Arbeiter und Angestellten der Behörden naturgemäß ebenso unter dieser außerordentlichen Verteuerung.

## Gegen die Aufhebung der Höchstpreise für Fleisch.

Die Verbraucherkammer beschloß in ihrer letzten Sitzung, sich mit einigen Eingaben an den Senat zu wenden. Zunächst auf dem Gebiet der Fleischversorgung. Die öffentliche Verwaltung des Fleisches ist aufgegeben worden und die Preise sind entsprechend gestiegen. Die versprochene Verbilligung ist nicht eingetreten. Die Interessenten verlangen im Gegenteil auch nach die Befestigung der Höchstpreise. Dadurch wird bewiesen, dass die Aufhebung der Preisbegrenzung die Waren nicht verbilligt, sondern verteuert. Unter Hinweis auf diese Tatsachen soll der Senat ersucht werden, einer Aufhebung der Höchstpreise nicht zuzustimmen. Andere Eingaben beziehen sich auf die Einfuhr von Gemüsen und den Handelsvertrag mit Polen.

Maßnahmen gegen den Wäschengaukel. Die weltlichen Abgeordneten des Volkstages haben folgende Beschlüsse eingebracht: Was bedeutet der Senat zu tun, um der Gefahr der Verschleppung junger Mädchen aus dem Freistaat, die in letzter Zeit erschreckend um sich greift, nachdrucksvoll auszuweichen? Die Unterzeichneten werden um einen schriftlichen Antwort bittend.

Die diesjährigen Osterferien beginnen am Sonnabend, 19. März, und dauern 16 Tage. Der Unterricht wird am 8. April wieder aufgenommen. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres nach dem in den Volksschulen der Freien Stadt Danzig bereits seit einem Jahre die Gemüschschule eingeführt ist, diese, wie mitgeteilt wird, auch in vielen ein- und mehrklassigen Landschulen des Freistaates zur Einführung kommen.

Der Unterricht der städtischen Handwerker- und Fortbildungsschule schließt am Sonnabend, den 19. März, und beginnt am Montag, den 4. April 1921.

Abgabe von Lebensmitteln. Wie der Magistrat bekanntgibt, werden in nächster Woche 250 Gr. Getreideprodukte und 500 Gr. Kunsthonig ausgegeben.

Der Wechsel im polnischen Generalkonsulat. Schon seit einigen Wochen ist von einem Rücktritt des jetzigen polnischen Generalkonsuls für Danzig v. Westphalen die Rede. Wie nun mitgeteilt wird, soll dieser nunmehr seine Demission eingereicht haben, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Als Nachfolger wird ein Herr v. Jaskowski genannt, der zurzeit polnischer Konsul in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

## BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 18. März 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Jamisch	3,34	3,40	3,34	3,40
Worhan	2,60	2,40	3,00	2,84
Thorn	2,57	2,35	2,76	2,60
Torben	2,76	2,44	—	—
Culm	2,88	2,66	—	—
Brandenburg	3,43	2,98	—	—
Kurbraun	3,34	2,98	0,13	0,24
Montaureis	3,53	3,14	0,97	0,97
Piekel	—	—	—	—

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolge, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwertz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

# MAGGI'S Fleischbrüh-Würfel

— Qualitätsware, kein Ersatz. —

## ersparen Fleisch u. Fett.

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie feinste Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Tunken aller Art.

**Abgabe von Lebensmitteln.**  
Im Laufe der nächsten Woche gelangen folgende Lebensmittel zur Ausgabe:  
Auf die Lebensmittelkarte:  
a) 250 Gramm Saferloden zum Preise von 2,60 M. für das Pfund oder 250 Gramm Wertengröße oder Graupen zum Preise von 1,70 M. für das Pfund auf Marken 12 und 12 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 8 und 8 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.  
b) 500 Gramm Kunsthonig zum Preise von 5,40 M. für das Pfund auf Marken 13 und 13 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder sowie Marken 4 und 4 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.  
Die Einreichung der vereinnahmten Marken erfolgt in der üblichen Weise.  
Danzig, den 17. März 1921. (3858)  
Der Magistrat.

172 verbrauchte Schläuche 70 Millimeter  
85 " Saugeschläuche  
230 Stück verbrauchte Mähen.  
Diese Stoffe und Gegenstände werden verkauft.  
Kauflehaber werden ersucht, Angebote portofrei und verschlossen mit der Aufschrift: „Kaufangebot für Stoffe“ bis spätestens Mittwoch, den 23. März 1921, vorm. 10 Uhr, bei der kaufm. Geschäftsstelle der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Höhe Seigen 37 (Zimmer 52) einzureichen, wo auch die Bedingungen zu erfahren sind.  
Die Gegenstände können am 18., 19. und 21. März von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr in der Feuerwehrhauptwache, Hundegasse 1/3 befristigt werden. (3857)  
Der Magistrat.  
Verwaltungsausschuss der städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Danziger Luftpost Lloyd-Ostflug  
**Rund- und Schauflüge über Danzig und Zoppot**  
am Sonntag, d. 20. März, ab 8<sup>00</sup> vorm.  
Flugkartenverkauf und Ankauf:  
Norddeutscher Lloyd (Hohes Tor, Tel. 1177) und  
Flugplatz-Prinzenhalle (Großer Exerzierplatz, Tel. 2746).  
Voranzeige: An den Osterfeiertagen finden ebenfalls größere Rund- und Schauflüge statt, an den Wochentagen Flüge nach Bedarf. (3853)

**Volkfürsorge**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Vereinsgesellschaft  
— Sterbekasse. —  
Kein Polizeiverfall.  
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
Ankunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
Rechnungsführer 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Mattenbuden 86.

**Verkauf von Altmaterialien.**  
Bei der Feuerwehr-Hauptwache, Hundegasse 1-3 lagern folgende Altmaterialien:  
1. Stoffe.  
etwa 805 Kilogr. altes Eisen  
" 94 " Blei  
" 105 " Blech  
" 110 " Lumpen.  
2. Mitgegenstände.  
1 verbrauchter Krankenwagen mit einem Refektorierderrad  
6 Wagentäber für Gummibereifung  
2 Schlittenkufen  
2 Auto-Zwilligräder 820x90  
2 Autovorderräder 820x90  
1 Autobedecke 920x120  
245 verbrauchte Autobeden  
10 " Autochläuche  
75 " Autoeisäue  
285 " Schläuche 45 Millimeter

**Kaufen Sie nicht!**  
Verzagen Sie sich erst von der Preiswürdigkeit meiner Herrenkonfektion  
in guter Qualität und bester Verarbeitung  
Anzüge . . . 480.—, 395.—, 285.— M.  
Gestrickte Hosen . . . 90.—, 80.—, 70.— M.  
Cutaways sehr preiswert, guter Stoff, prima Verarbeitung.  
**Sonderangebot in Schuhen**  
Solange der Vorrat reicht! 3859  
Damenhochschäftstiefel  
acht Rahmenarbeit mit Lackbesatz 185.— M.  
Herrenstiefel  
sehr stabil mit Zwischensohle . . . 140.— M.  
Hautschuhe aus feinartigem Tuch 10.— M.  
**Danziger Konfektions-Zentrale** Kettlergasse 10.  
Kein Laden. Keine Personalspesen

**Dolikat** (3791)  
schmeckt jeder Osterkuchen mit Zusatz meiner reinen Gewürze und Backöle.  
Spezialität: Prima blaues Backmohn  
empfehlen  
Drogerie am Domplankenplatz  
Bruno Fasel,  
Junkergasse 12 (an der Markthalle).

**Ortsbeamten.**  
Anstellungsbedingung ist gute Kenntnis der Anstellungsbewegung sowie rednerische, organisatorische und agitatorische Befähigung. Bewerbungen bitten wir mit Zeugnisabschriften und Angabe über bisherige Tätigkeit bis 31. d. Mts. an Friedr. G. Essenberg, Gr. Bäckerstraße 18, einzureichen.

**Gartenarbeiten**  
und Instandsetzungen von Gärten führt sauber aus  
G. Ghe, Gärtner  
Danzig-Ohra, Rosengasse 2  
Werkmüller 3-22  
der 24 Jahre bei einer groß. Schiffswerft tätig gew. ist, suchi pass. Stell. Off. unt. M. 143 a. d. Exped. d. Zelt.  
Saubere  
**Aufwärterin**  
für den Vormittag gesucht.  
Paradiesgasse 14, II.  
**Werkzeugarbeiterin**  
und Lehrling können sich melden. Gast, Seifen-gasse 2 II.

# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
Freitag, den 18. März 1921, abends 7 Uhr  
Dauerkarten D 2.

## La Traviata

Oper in 4 Akten. Musik von Giuseppe Verdi.  
Bühnen. Feltung: Max Wagner. Musikalische Leitung:  
Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.  
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

# Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Heinrich u. Direktor Paul Banamann.

Königl. Leitung: Dir. Sigmund Konradt.

Heute Freitag, den 18. März

Anfang 7 Uhr Anfang

## „Der arme Jonathan“

Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.

Morgen Sonnabend, den 19. März

## „Frau Bärbel“

Vorverkauf Endtag! v. 10—12 Uhr vor

im Doorn-Haus Langgasse 89/90 statt

Sonntags 9—12 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

# Ca. 15 000 Paar

# Strümpfe

erwarb ich auf meiner persönlichen Einkaufsreise in Chemnitz und gebe diese zu außergewöhnlich billigen Preisen ab. Es handelt sich durchweg um gute und beste tragfähige Qualitäten.

Mengenabgabe vorbehalten.

## Damen-Strümpfe 6<sup>75</sup>

schwarz, weiß, ohne Naht, verstärkte Spitze und Ferse.

## Damen-Strümpfe 9<sup>75</sup>

feinfädig, schwarz, weiß, lederfarben, verstärkte Spitze und Ferse.

## Damen-Strümpfe 11<sup>50</sup>

besonders haltbare Qualität, in schwarz, weiß, lederfarben.

## Damen-Strümpfe 14<sup>50</sup>

in Flor, schwarz, lederfarben und weiß, mit doppelter Spitze und Hochferse.

## Damen-Strümpfe 17<sup>50</sup>

Seidenflor, bestes Material, mit doppelter Hochferse, Spitze und Sohle.

## Herren-Socken 6<sup>75</sup>

in modernen Farben, fein gewebt, auch in grau, stark gestrickt.

## Herren-Socken 9<sup>75</sup>

schwarz und farbig, gewebt, nahtlos, gute Qualität.

## Herren-Socken 15<sup>75</sup>

schwarz, auch feinfarbig, Seidenorost, in allen modernen Farben.

## Herren-Socken 19<sup>75</sup>

nur in neuesten Farbenstellungen, mit farbigen Längsstreifen.

## Füßlinge 2<sup>75</sup>

schwarz, gewebt, Baumwolle, alle Größen 9.75.

## Kinderstrümpfe

schwarz Baumwolle, 1x1 gestrickt

Größe	3	4	5	6	7	8	9	10
Paar	8 <sup>50</sup>	9 <sup>50</sup>	10 <sup>50</sup>	11 <sup>50</sup>	12 <sup>50</sup>	13 <sup>50</sup>	14 <sup>50</sup>	15 <sup>50</sup>

## Kinderstrümpfe

außerordentl. haltbare Qualität, schwarz und lederf. 1x1 gestrickt

Größe	3	4	5	6	7	8	9	10
Paar	11 <sup>75</sup>	13 <sup>00</sup>	14 <sup>25</sup>	15 <sup>50</sup>	16 <sup>75</sup>	18 <sup>00</sup>	19 <sup>25</sup>	20 <sup>50</sup>

Beachten Sie mein Spezial-Strumpf-Fenster!

## Frauenstrümpfe

deutsch lang, schwarz, Baumwolle gestrickt

9<sup>75</sup>

## Farbige Damen-Strümpfe

Die ganze Frühjahrsmode! champagne, leder, covercoat, mahagoni, fraise, illa, marine, grün usw.

14<sup>50</sup>

## Damenstrümpfe

fein gewebt, schwarz, weiß und lederfarben, Paar

7<sup>75</sup>

Meine Filiale Langfuhr bietet in allen Artikeln dasselbe

# Nathan Sternfeld

3847

# Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.  
Freitag, den 18. März 1921, abends 7 Uhr  
Dauerkarten D 2.

## La Traviata

Oper in 4 Akten. Musik von Giuseppe Verdi.  
Bühnen. Feltung: Max Wagner. Musikalische Leitung:  
Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.  
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

# Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Heinrich u. Direktor Paul Banamann.

Königl. Leitung: Dir. Sigmund Konradt.

Heute Freitag, den 18. März

Anfang 7 Uhr Anfang

## „Der arme Jonathan“

Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.

Morgen Sonnabend, den 19. März

## „Frau Bärbel“

Vorverkauf Endtag! v. 10—12 Uhr vor

im Doorn-Haus Langgasse 89/90 statt

Sonntags 9—12 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

# UT Lichtspiele

Vom 18. bis 24. März:  
Der große Sensat.-Abenteuer.-Portage-Film

## Der Mann ohne Namen II. Teil

## Der Kaiser der Sahara

## „Der Geisterseher“

Lustspiel in 2 Akten mit Leo Peuckert.

## Ein Tag aus dem Kagenleben

Lustiger Einakter.

## Trickfilm.

Vorführungen 4, 6 und 8 Uhr.  
Einkauf ununterbrochen sowie Plätze frei sind.  
Zerweigung muß auf Einlad. gewartet werden.

# Billige Herrenbekleidung!

Herren-Anzüge Sport- u. Sakkoform, gute Stoffe, 225 M. la Verarbeitung

Blaue Anzüge Ersatz für Maß, 625, 525, 425 M.

Culway und Weste la Marengo, 370 M.

Elegante gestreifte Hosen Kammgarmentqualität, 85 M.

Einlegungs-Anzüge, 200 M.

Elegante und billige Maßanfertigung unter Garantie für guten Sitz

Kein Laden! Kein Personal! Deber Geldersparnis.

Leo Ozerninski nur Schildaugasse 25, 3 Treppen.

Ich bitte um zwanglosen Besuch.

# Möbelkäufer !! Augen auf !!

Sie kaufen nur dort gut, wo Sie die Gewähr haben, reell und kultiv bedient zu werden.

## Polstersachen

wie Sofas, Ruhebetten, Matratzen werden in eigener Werkstatt dauerhaft verarbeitet und leisten ich weitgehendste Garantie.

Auf Wunsch Ratenszahlung gestattet.

Möbel in großer Auswahl

# David's Möbelhaus

Altst. Graben II. (3752)

# Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen.

## Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr in den Räumen der Druckerei, Am Spandhaus 6

Tagesordnung:

1. Ergänzung des Vorstandes.  
2. Beschlußfassung über das Weiterbestehen des Vereins.

Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder des Vereins eingeladen. Anteilnahme legitimiert.  
J. W. H. Fecken.

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Preis für das Heft 21.50

Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Postämtern entgegengenommen

# Der Atheist

von Ernst Gwert

Preis 2.50 Mark

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.